

Selbsterfleischung einer Opposition

Rolf-Henning Hintze

In der größten namibischen Oppositionspartei flogen die Fetzen. Eine Gruppierung, die sich die „Mehrheitsfraktion“ nennt, schloß kurzerhand Ben Ulenga, den Vorsitzenden des „Congress of Democrats“ (CoD), aus der Partei aus und dazu einige seiner engsten Führungsmitglieder. Ulenga reagierte prompt und warf mehrere Führungsmitglieder der „Mehrheitsfraktion“, darunter Nora Schimming-Chase, politisches Schwergewicht und bis zum umstrittenen Parteikongress Anfang Mai stellvertretende Parteivorsitzende, sowie Ignatius Shixwameni, den ehemaligen CoD-Generalsekretär, aus der Partei. Ulenga erklärte außerdem, er werde - was in Namibia rechtlich möglich ist - Schimming-Chase und zwei weiteren CoD-Abgeordneten ihr Parlamentsmandat entziehen.

Eine derartige politische Selbsterfleischung ist in den 17 Jahren der namibischen Unabhängigkeit ohne Parallele. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die Krise der Partei mindestens noch bis Januar hinziehen, denn die „Mehrheitsfraktion“ schaltete das Gericht ein und konnte einen Teilsieg verbuchen. Das Gericht entschied, dass den drei Abgeordneten der Nationalversammlung sowie einem CoD-Stadtrat in Windhoek nicht das Mandat aberkannt werden darf und vertagte die Entscheidung, ob Ulengas Wiederwahl auf dem Parteikongress Anfang Mai in Keetsmannshoop rechtens war, auf den 28. Januar.

Auf diesem Kongress war Shixwameni bei der Wahl des Parteivorsitzenden Ulenga um nur 14 Stimmen unterlegen, ein deutliches Zeichen für die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Unzufriedenheit mit dem Führungsstil Ulengas. Dessen knappen Wahlsieg führen Shixwameni und seine Anhänger auf Manipulationen zurück: Ulenga soll Einfluß genommen haben, dass Personen als Delegierte mitstimmten, die dazu nicht berechtigt waren. Unter Protest verließ Shixwameni mit 150 der etwa 300 Delegierten vorzeitig den Parteitag. Sie erkennen nun die Wahl Ulengas sowie der übrigen Vorstandsmitglieder nicht an.

Im Bemühen, einen Ausweg aus der Krise zu finden, einigten sich die beiden rivalisierenden Gruppen auf einen Ausschuss, der unter der Leitung des angesehenen früheren Direktor des Rechtshilfezentrums, Clement Daniels, untersuchen sollte, ob es beim Parteikongress tatsächlich Unregelmäßigkeiten oder Betrug gab. Für den Fall, dass der Untersuchungsausschuss Manipulationen feststelle, sagte Ulenga öffentlich seinen Rücktritt zu.

Die beiden Gruppen verständigten sich ferner darauf, einen neuen Übergangsvorstand zu bilden, dem je drei Vertretern beider Gruppen angehören sollten. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Daniels sollten jene fünf führenden Parteimitglieder beider Gruppen, die die Richtlinien für den Untersuchungsausschuss unterschrieben hatten - einschließlich Ulenga und Shixwameni - von der Wahl in diesen Übergangsvorstand ausgeschlossen bleiben. Daniels nannte dies „sinnvoll und konstruktiv“, weil „die Vertreter der beiden Lager derart zerstritten sind, dass sie im Übergangsvorstand kaum eine Einigung erzielen würden“.

Der Ausschuss kam bei seinen Untersuchungen später zu dem Ergebnis, dass die Wahlen auf dem Parteitag null und nichtig seien, es habe „schlüssige Beweise ernsthafter Unregelmäßigkeiten“ gegeben, die ausreichend seien, die Wahlen für ungültig zu erklären. Ulenga erklärte nun jedoch, im Untersuchungsbericht sei nichts

zu finden, was einer einzigen der Beschuldigungen Substanz verleihen würde und stellte die Frage. „Warum sollte ich die ganze Partei für diese Lügen opfern?“ Er sehe keine Rechtfertigung für die Aufgabe von Führungspositionen, „die die legitim zusammengetretenen Mitgliedern des Parteitags bestimmt haben“. Niemand habe das Recht, der Partei einen nicht gewählten Übergangsvorstand aufzudrücken, meinte Ulenga nun.

Der CoD, so meinen politische Beobachter in Windhoek, schaden diese internen Streitigkeiten empfindlich. Seit ihrem Einzug in die Nationalversammlung hatte sie eine Reihe von Problemen öffentlich machen können und sich damit Anerkennung verschafft, so erzwang sie u. a. die Neuauszählung der letzten Parlamentswahl und machte immer wieder auf schwere Mängel im Gesundheits- und Bildungswesen aufmerksam sowie auf das weiterhin ungelöste Problem der „politischen Gefangenen“ der SWAPO während des Befreiungskampfes. Dies war ohne Zweifel im Interesse des Landes, denn die inzwischen mit einer Dreiviertelmehrheit regierende SWAPO-Regierung orientiert sich stark an den Wünschen der Eliten und vernachlässigt oft die Interessen der Bevölkerung.

Die Folgen der CoD-Krise für die Zivilgesellschaft seien enorm, meint Norman Tjombe, der Direktor des namibischen Rechtshilfezentrums (Legal Assistance Center). Die Rollen, die eigentlich politischen Parteien zukämen, müssten in zunehmendem Maß von Nichtregierungsorganisationen übernommen werden, erklärte er gegenüber „afrika süd“. „Das wird die Nichtregierungsorganisationen in direkte Konfrontation mit der Regierung und der Regierungspartei bringen.“ Organisationen der Zivilgesellschaft seien jetzt eine Heimstätte für alternative Stimmen der Bevölkerung, während politische Beschlüsse zunehmend eine exklusive Domäne der SWAPO würden.